

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 63. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 23. August 2018

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet,
Kathrin Anklam-Trapp
und Nico Steinbach (SPD)**

Ärztegenossenschaften in Rheinland-Pfalz

Mit der MEDICUS Eifler Ärzte eG beantragt ganz aktuell die erste Ärztegenossenschaft in Rheinland-Pfalz bei der Kassenärztlichen Vereinigung die Zulassung als Medizinisches Versorgungszentrum.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Rolle spielt die Genossenschaftsidee nach Ansicht der Landesregierung für die Sicherung der ärztlichen Versorgung?
2. Mit welchen Maßnahmen hat sich die Landesregierung für das Anliegen der MEDICUS Eifler Ärzte eG eingesetzt?
3. Mit welchen Maßnahmen wird die Landesregierung zukünftig die Neugründung von Ärztegenossenschaften unterstützen?

2. Abgeordnete

**Christian Baldauf und
Dr. Adolf Weiland (CDU)**

Baulicher Zustand der Brücken in Rheinland-Pfalz

Spiegel Online wertete Zahlen des Bundesverkehrsministeriums zum baulichen Zustand von verkehrlich genutzten Brücken aus, wonach es nur im Saarland, in Hamburg und Hessen relativ gesehen mehr Brücken in schlechtem Zustand gebe als in Rheinland-Pfalz. Nach Angaben des rheinland-pfälzischen Verkehrsministeriums sind rund 20 Prozent der Brücken von Bund, Land und Kreisen in Rheinland-Pfalz in einem schlechten Zustand.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann erfolgte die letzte Gesamtauswertung über den Zustand der kommunalen und Landesbrücken-Anlagen in Rheinland Pfalz?
2. In welchem fachlichen Zustand befinden sich die Brücken-Anlagen der Kommunen und des Landes, aufgeteilt auf die Zustandskategorien sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend und kritisch in absoluten Zahlen und prozentual, inklusive Prüfzeitpunkt?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um kritische Zustände an Brücken schnellstmöglich zu beseitigen und zu verhindern, dass sich der Zustand weiterer Brücken weiter verschlechtert?
4. Wie schätzt die Landesregierung den Zustand von kommunalen und Landesbrücken im Vergleich mit anderen Bundesländern ein?

3. Abgeordnete**Dr. Jan Bollinger und
Jens Ahnemüller (AfD)****Zustand der Brücken in Rheinland-Pfalz**

Verkehrsminister Dr. Volker Wissing erklärte in einem Interview für den SWR zum Zustand der rheinland-pfälzischen Brücken: „Eine schlechte Note muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass es irgendein Risiko für die Befahrbarkeit gibt.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was zählt nach Einschätzung der Landesregierung als schlechte Note für eine Brücke?
2. Wie viele vom LBM betreute Brücken haben nach der Definition der Landesregierung eine „schlechte Note“?
3. Wann sollen diejenigen Brücken saniert werden, die mit 3,5 oder schlechter bewertet sind?
4. Welche Prognose macht die Landesregierung dafür, wie lange diejenigen Brücken, die mit 3,5 und schlechter bewertet sind, noch verkehrssicher sind, sofern sie nicht saniert werden?

4. Abgeordnete**Thomas Roth und
Marco Weber (FDP)****Überstellung verurteilter Ausländer an ihren Heimatstaat zur Verbüßung ihrer Haftstrafe**

Die WELT titelte am 31. Juli 2018: „Deutschland überstellt nur wenige Häftlinge an Herkunftsländer.“ In den vergangenen Jahren seien jeweils weniger als 200 verurteilte Ausländer zur Verbüßung ihrer Haft ins Ausland gebracht worden. In der Zusammenschau mit einem steigenden Anteil inhaftierter Ausländer stelle dies „eine unnötige Belastung für deutsche Justizvollzugsanstalten dar“. Dies hat auch Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Voraussetzungen bestehen für eine Überstellung Verurteilter in ihren Heimatstaat zur Verbüßung der (restlichen) Freiheitsstrafe?
2. Welche Voraussetzungen bestehen für ein Absehen von der weiteren Strafvollstreckung gemäß § 456 a der Strafprozessordnung – im Hinblick auf eine bestehende Ausweisungsverfügung?
3. Führt ein Absehen von der weiteren Vollstreckung nach § 456 a Strafprozessordnung dazu, dass Verurteilte die von einem deutschen Gericht verhängte Freiheitsstrafe im Heimatstaat verbüßen müssen?
4. Wie wird in diesem Fall die weitere Vollstreckung der verhängten Freiheitsstrafe gesichert?

5. Abgeordnete**Andreas Hartenfels,
Jutta Blatzheim-Roegler
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Folgen der Trockenperiode und Rekordtemperaturen in Rheinland-Pfalz**

Diesen Sommer wurden die Menschen in ganz Mitteleuropa durch überdurchschnittlich hohe Temperaturen sowie eine lange Trockenperiode und damit verbundene Gesundheitsgefährdungen, Waldbrandgefahr und Ernteausfälle in der Landwirtschaft belastet. Anhaltende Temperaturen von um die 35°C erhitzen außerdem die rheinland-pfälzischen Gewässer, unter anderem den Rhein, und es drohte ein großes Fischsterben.

Wetterexperten prognostizieren, dass es in den nächsten Jahren immer häufiger solche heißen und trockenen Sommer geben wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche abschließende Beurteilung trifft die Landesregierung zu den Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Gewässer durch die hohen Temperaturen und geringen Niederschläge in den vergangenen Wochen?
2. Welche Maßnahmen zum Schutz vor Waldbränden wurden vom Land und von den Kommunen ergriffen?
3. Welchen Einfluss hat die Bodenversiegelung auf die Temperatur in den rheinland-pfälzischen Städten?
4. Inwieweit teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass es sich bei diesen immer häufiger auftretenden Extremwetterereignissen um Folgen des menschengemachten Klimawandels handelt?

**6. Abgeordnete
Christine Schneider und
Alexander Licht (CDU)**

Soforthilfen und Finanznothilfen anlässlich der Unwetterereignisse im Mai/Juni 2018

Im Juni 2018 legte die Landesregierung ein Sofort- und Finanzhilfe-Programm anlässlich der Unwetter-Ereignisse in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz auf.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie lange können oder konnten Anträge auf Sofort- und Finanzhilfen gestellt werden (bitte mit genauen Datumsangaben)?
2. Wie erfolgt die Information über wichtige Stichtage und Ausschlussfristen?
3. Wie viele Anträge für Sofort- und Finanzhilfen wurden gestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Maßnahme unter Angabe von Gemeinde, Landkreis, Antragshöhe und Bearbeitungsstand)?
4. Welche Gesamthöhe an Auszahlungsbeträgen für Sofort- und Finanzhilfen erwartet die Landesregierung und wie viel Zeit vergeht in der Regel zwischen Antragsstellung und Auszahlung (bitte aufgeschlüsselt nach Maßnahme unter Angabe von Auszahlungen nach Gemeinde und Landkreis)?

**7. Abgeordnete
Bettina Brück,
Giorgina Kazungu-Haß
und Alexander Fuhr (SPD)**

MINT-Initiative Rheinland-Pfalz: Heute Fachkräfte für morgen begeistern

Nach dem Start der MINT-Offensive im Frühjahr hat die Landesregierung nun auch am 15. August 2018 den „MINT-Regionen-Wettbewerb“ gestartet, um das Interesse junger Menschen an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) entlang der gesamten Bildungskette zu fördern und zu vernetzen.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Zweck verfolgt der „MINT-Regionen-Wettbewerb“?
2. Wer kann sich an diesem Wettbewerb beteiligen?
3. Wie ist der Ablauf des Wettbewerbs?
4. Welche weiteren Projekte gibt es, um das Interesse an MINT-Fächern bzw. für das Themenfeld MINT zu fördern?

**8. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)**

Unterstützung durch die Landesregierung bei der Sanierung von Wirtschaftswegen

Die Starkregenereignisse im Frühjahr dieses Jahres haben zu zum Teil schweren Schäden an landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen geführt, das gilt insbesondere für die Eifel.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Mit welchen Maßnahmen innerhalb welcher Programme unterstützt die Landesregierung die betroffenen Kommunen?
2. Hat die Landesregierung diesbezüglich Mittel aufgestockt – falls ja, in welchem Umfang?
3. Welche Priorität genießen die Maßnahmen innerhalb der Förderung?
4. Können die Gemeinden mit vorzeitigem Maßnahmenbeginn rechnen?

9. Abgeordnete

**Andreas Hartenfels und
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Regionale Vermarktung und Dachmarken in Rheinland-Pfalz

Immer mehr Menschen fragen regionale landwirtschaftliche Produkte nach und suchen aktiv nach landwirtschaftlichen Produkten aus ihrer Umgebung, oft auch biologisch erzeugte Produkte. Darüber hinaus bietet eine regionale Vermarktung von Produkten vielfältige Vorteile, wie beispielsweise regionale Wertschöpfungseffekte, kürzere Lieferwege und eine Stärkung des ländlichen Raums. In diesem Kontext wird auch das Thema regionale Vermarktung immer wieder diskutiert. Am 7. September 2018 wird beispielsweise die „Enquete Tourismus“ des rheinland-pfälzischen Landtags sich diesem Thema annehmen. Die Landesregierung fördert die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten, Erzeugerzusammenschlüssen und Dachmarken auf vielfältige Weise. So werden unter anderem im Rahmen des ELER-EULLE Programms Investitionen zur Einkommensdiversifizierung und zur Verarbeitung und Vermarktung regionaler Erzeugnisse sowie im Rahmen des LEADER-Ansatzes zusammen mit den Lokalen Aktionsgruppen regionale Kooperation wie Dachmarken gefördert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welchem Umfang nutzt die Landesregierung Förderinstrumente, um die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten und Dachmarken zu fördern (bitte um Auflistung der letzten fünf Jahre)?
2. In welchem Umfang werden bestehende rheinland-pfälzische Dachmarken bisher gefördert?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Förderung der regionalen Vermarktung und des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten noch weiter auszubauen?
4. Welche Vorteile bietet aus Sicht der Landesregierung die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten?

10. Abgeordnete

**Gerd Schreiner und
Gabriele Wieland (CDU)**

Ausbau der A 643

Laut Presseberichterstattung tagten die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern (IHK) zusammen mit dem Landeskabinett. In diesem Rahmen wurde der aktuelle Stand zum Ausbau der A 643 erörtert. Im Rahmen des Koalitionsvertrages auf Bundesebene wurde beschlossen, für fünf Verkehrsprojekte von großer verkehrlicher Bedeutung die Beschaffung von Baurecht durch ein Maßnahmengesetz zu ermöglichen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung in diesem Rahmen mitgeteilt?
2. Wann ist der Planfeststellungsbeschluss vorgesehen (genaues Datum)?
3. Hat die Landesregierung Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium aufgenommen, um für die schnellstmögliche Realisierung der fünf Verkehrsprojekte von großer verkehrlicher Bedeutung mittels Maßnahmengesetz zu werben?
4. Hat die Landesregierung Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium aufgenommen, um frühzeitig Möglichkeiten der Projektbeschleunigung zu prüfen, die sich aus dem kürzlich vorgestellten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich ergeben können?

11. Abgeordnete

**Daniel Schäffner und
Heijo Höfer (SPD)**

Erstes Digitalforum des Landes Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen

Am 8. August 2018 fand das erste Digitalforum des Landes Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen statt. Die ressortübergreifende Veranstaltung informierte anhand von Praxisbeispielen und Vorträgen über die Ergebnisse, Ziele und Maßnahmen der „Strategie für das digitale Leben“, die Ende April 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In einem Digital-Foyer sowie einer Digital-Werkstatt konnten sich die Besucherinnen und Besucher über verschiedene Landesinitiativen rund um das Thema „Digitalisierung“ informieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das erste Digitalforum des Landes Rheinland-Pfalz?
2. Welche inhaltlichen Schwerpunkte wurden auf der Veranstaltung gesetzt?
3. Welche digitalen ehrenamtlichen Projekte wurden ausgezeichnet?

12. Abgeordnete

**Simone Huth-Haage
und Dirk Herber (CDU)**

Freiwilligendienste in Rheinland-Pfalz

Ministerpräsidentin Dreyer wird in einem Interview in der Welt vom 11. August 2018 mit der Aussage zitiert: „Unter den jungen Menschen absolviert jeder zweite ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele junge Menschen haben in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den bundesweiten Zahlen im vergangenen Jahr ein Freiwilliges Soziales bzw. Ökologisches Jahr absolviert?
2. Wie viele junge Menschen haben in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den bundesweiten Zahlen im vergangenen Jahr einen Bundesfreiwilligendienst absolviert?
3. Wie begründet die Ministerpräsidentin ihre Aussage gegenüber der Welt?
4. Hält sie ihre Aussage aufrecht, die Hälfte eines Jahrgangs würde jedes Jahr ein Freiwilliges Soziales bzw. Ökologisches Jahr absolvieren?

13. Abgeordnete

**Bettina Brück,
Astrid Schmitt und
Johannes Kломann
(SPD)**

Digitalisierung und Medienkompetenz

Die Landesregierung wird die Entwicklung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler in Grundschulen weiter fördern. Dazu hat sie in ihrer „Strategie für das digitale Leben. Rheinland-Pfalz digital – Wir vernetzen Land und Leute“ ausgeführt: „Das Lehren und Lernen mit und über digitale Medien und Werkzeuge soll nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit im Landesprogramm ‚Medienkompetenz macht Schule‘ auch an allen Grundschulen schrittweise eingeführt werden.“

Mit Beginn des neuen Schuljahres wird diese Strategie fortgeführt und erweitert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wurde der MedienkomP@ss seit seiner Einführung weiterentwickelt?
2. An wie vielen Grundschulen ist der MedienkomP@ss im unterrichtlichen Einsatz?
3. Welche Unterstützung erhalten die Grundschullehrkräfte zum unterrichtlichen Einsatz?
4. Wie viele Grundschulen wurden inzwischen ins Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ aufgenommen?

14. Abgeordnete

**Simone Huth-Haage
und Gerd Schreiner
(CDU)**

Kindergeldzahlungen an Kinder, die im Ausland leben

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch sind die Fallzahlen und Geldleistungen, die rheinland-pfälzische Familienkassen in den vergangenen drei Jahren jährlich an Kindergeld für im Ausland lebende Kinder geleistet haben (Angaben bitte nach Herkunftsländern differenzieren)?
2. Wie steht die Landesregierung zu dem Vorstoß einer Begrenzung der Kindergeldzahlungen im Ausland, wie von SPD-Oberbürgermeistern gefordert?
3. Wie steht die Landesregierung zu dem Vorschlag, Kindergeldzahlungen an die Lebenshaltungskosten des Ursprungslandes anzupassen, wie dies auch von der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorsitzenden vorgeschlagen wurde?
4. Wie ist die Haltung der Landesregierung zu diesem Thema?

15. Abgeordnete

**Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einführung der Jubiläumskarte

Ehrenamtliches Engagement hat in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert. Es engagieren sich über alle Altersgruppen hinweg viele Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag für die Gesellschaft.

Das Land würdigt das Engagement von ehrenamtlich tätigen Menschen durch die Verleihung einer Ehrenamtskarte, durch die man landesweit zahlreiche Vergünstigungen bekommt.

Zum 15. Landesweiten Ehrenamtstag am 26. August 2018 in Pirmasens hat die Landesregierung zusätzlich zur Ehrenamtskarte noch eine sogenannte Jubiläumskarte eingeführt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie positioniert sich das Land Rheinland-Pfalz mit dem Anteil ehrenamtlich engagierter Menschen im Bundesvergleich?
2. Wie unterscheidet sich die Jubiläumskarte von der bisher für ehrenamtliches Engagement ausgestellten Ehrenamtskarte?
3. Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben Anspruch auf die neue Jubiläumskarte?
4. Welche Bedeutung hat ehrenamtliches Engagement im sozialen, kulturellen, aber auch im Umwelt- und Naturschutzbereich?

**16. Abgeordnete
Marion Schneid (CDU)****Karl-Marx-Ausstellung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchen Besucherzahlen hat das Land bei der Planung der Karl-Marx-Ausstellung gerechnet?
2. Welche Besucherzahlen müssen erreicht werden, um eine Kostendeckung zu erzielen?
3. Welche Ausstellungsorte zum Thema Karl-Marx werden von den Besuchern am meisten frequentiert?
4. Welche Erkenntnis hat die Landesregierung über den Anteil (prozentual) von Besuchern, die aus China angereist sind?

**17. Abgeordneter
Michael Wäschenbach
(CDU)****Abrechnungsbetrug und Korruption im Gesundheitswesen**

Ende Juli 2018 berichteten mehrere Zeitungen über Ermittlungen über Betrugsfälle im Gesundheitswesen. Der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland sei in den vergangenen beiden Jahren ein Schaden von etwa 2,8 Millionen Euro entstanden. Dies sei der höchste Wert seit 2004. Der Betrugsschwerpunkt läge mit rund 30 Prozent in der ambulanten Pflege.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie verteilen sich die Fälle in den fünf Polizeipräsidien in Trier, Ludwigshafen, Koblenz, Mainz und Kaiserslautern nach Leistungsbereichen im Gesundheitswesen (z. B. Arznei, Heilmittel, Hilfsmittel, Krankentransporte, stationäre Pflege, ambulante Pflege, Intensivpflege oder ärztliche Leistungen)?
2. In wie vielen Fällen gegen wie viele Verdächtige wurden jeweils von den Ermittlungsgruppen die Staatsanwaltschaften eingeschaltet?
3. Wie kann diesen kriminellen Betrugereien z. B. durch die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden?
4. Welche Informationen liegen vor, dass auch andere Krankenkassen im GKV- oder PKV-Bereich von derartigen Betrugereien betroffen sind?

**18. Abgeordnete
Guido Ernst und
Michael Wäschenbach
(CDU)****Schließung kleiner Grundschulen**

Erst nach den Urteilen im Juli dieses Jahres zugunsten des Erhalts der kleinen Grundschulen in Lieg und Kirchen-Herkersdorf ruderte die Landesregierung mit ihrer ursprünglichen Entscheidung, die kleinen Grundschulen schließen zu wollen, zurück. Laut Ziffer 3.4. der „Leitlinien für ein wohnortnahes Grundschulangebot“ entscheidet das Ministerium für den Fall, dass unterschiedliche Auffassungen zwischen Schulbehörde und Schulträger über den Fortbestand der Schule bestehen, ob ein dringendes öffentliches Interesse für die Aufhebung vorliegt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer hat die Schließungsentscheidungen getroffen?
2. Wie häufig waren direkt betroffene Schulen und Schulträger zu Gesprächen im Bildungsministerium?
3. Hatte das Ministerium durch die ADD und durch die Verantwortlichen vor Ort Kenntnisse über die Argumentationslage?
4. Welche Erkenntnisse hat das Bildungsministerium aus den Entscheidungen des Gerichts gewonnen und welche konkreten Konsequenzen werden daraus für künftiges Vorgehen gezogen?